

## Inflation, Stabilisierung und langsames Wachstum, ca. 1970–1990

(ABELSHAUSER 2004; GIERSCH et al. 1994: Kap. 5; LINDLAR 1997)

### 1. Stilisierte Fakten der wirtschaftlichen Entwicklung, 1965–1989

a. *Wirtschaftswachstum.* (1) *Trend.* Rückgang des jährlichen Wachstums des realen BIP pro Kopf von 4,3% (1960–64) auf 3,0% (1970–79) bzw. 1,8% (1980–9). – (2) *Konjunkturelle Einbrüche* mit negativem Wirtschaftswachstum 1967, 1974/5 (1. Erdölschock 1973), 1981/2 (2. Erdölschock 1979). – (3) Rückgang des *Wachstums des Kapitalstocks* außerhalb des Bausektors (1950er u. 1960er J. >6% p.a.) auf 1970–4 1,3%, 1975–9 4,8%, 1980–4 0,2%, 1985–9 6,2%.

b. *Beschäftigung.* Ausgehend von Vollbeschäftigung in den 1960er J. stieg die Arbeitslosenquote in zwei Schüben in den konjunkturellen Einbrüchen 1974/75 sowie 1981–1983 auf 8–10% an, um seither auf diesem Niveau zu verharren.

c. *Inflation.* Im Zusammenhang mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen Ende 1960er J. u. 1. Erdölschock (1973) in 1. H. 1970er J. hohe Inflationsraten von durchgehend >5%. Ab frühen 1980er Jahren parallele monetäre u. fiskalische Stabilisierung → ab 1984 Rückgang der Inflationsrate auf ca. 2%.

### 2. Hauptgründe für das Ende des Wirtschaftswunders

a. *Erschöpfung von Wachstumspotentialen*, die sich aus dem Wiederaufbau nach dem 2. WK u. dem *catch-up* zu den USA ergeben hatten (vgl. 31.05. bzw. 14.06.22).

b. *Externe Schocks:* Zerfall des Bretton Woods-Regimes (1971/73), das feste Wechselkurse gewährleistet hatte; Erdölschocks von 1973 bzw. 1979. Folgen: inflationäre Impulse u. instabile Wechselkurse. Beides beeinflusste die Erwartungen von Wirtschaftssubjekten sowie Bedarf u. Handlungsspielräume von Stabilisierungspolitiken.

### 3. Externe Schocks: Zerfall des Bretton Woods-Regimes und Rohwarenpreisschocks

a. *Ursachen von Instabilität und Zerfall des Bretton Woods-Regimes.* (1) *Geld- und Fiskalpolitik in den USA.* Vor dem Hintergrund des Vietnamkriegs (ab 1964) u. umfangreicher Sozialprogramme als (teilweise) Antwort auf die Bürgerrechtsbewegung betrieben die USA ab Mitte 1960er J. eine expansionäre Geld- u. Fiskalpolitik. Folgen: Anstieg von Inflation u. Leistungsbilanzdefizit (Geldmengen-Preis-Anpassungsmechanismus; vgl. JARCHOW / RÜHMANN 1997: Bd. 2, S. 39 f.). – (2) *Folgen für die deutsche Außenwirtschaft.* Komplementär zur Entwicklung in den USA steigendes Leistungsbilanzsaldo 2. H. 1960er J. → inflationärer Druck bzw. Aufwertungsdruck. Gründe (gemäß Geldmengen-Preis-Anpassungsmechanismus): Eine aktive Leistungsbilanz führt zur Vermehrung der Geldmenge ohne parallele Vermehrung der Gütermenge → Inflationsdruck. Unterschiedliches Geldmengenwachstum in zwei Ländern führt (*ceteris paribus*) zu einem Abwertungsdruck auf die Währung mit hohem, zu einem Aufwertungsdruck auf die Währung mit geringem Geldmengenwachstum. – (3) *Die wirtschaftspolitische Reaktion auf die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte.* Angesichts ihres Auftrags zum Aufrechterhalten der Preisstabilität bekämpfte die Bundesbank den inflationären Druck durch eine

restriktive Geldpolitik: März 1969–März 1970 Anstieg des Diskontsatzes von 3% auf 7,5%. Da hohe Zinsen Anlagen in DM attraktiv machten, folgte ein verstärkter Devisenzufluss (→ Wachstum der Geldmenge → Inflationsdruck). Versuche der Bundesbank, diesen Zufluss zu sterilisieren (Hinterlegungspflicht, Negativzinsen, etc.) hatten geringen Erfolg. Es resultierten Ende 1969 und 1971 Aufwertungen, 1973 die Aufgabe fester Wechselkurse. 1968–1975 ging der Wechselkurs zum US\$ von 3,99 auf 2,46 DM zurück.

b. *Die Rohwarenpreisschocks.* (1) *Die Schocks.* 1973 u. 1979 erhöhte die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) den Erdölpreis um ca. den Faktor 4 bzw. den Faktor 2 (»Erdölschocks«). Mitte 1970er J. erfolgten zudem bei zahlreichen anderen Rohwaren (tropischen Genussmitteln, Erzen) temporäre Preisspitzen. Der politisch begründete Erdölschock von 1973 (Yom-Kippur-Krieg) wurde strukturell ermöglicht durch ein seit den späten 1960er J. abnehmendes Wachstum der Totalen Faktorproduktivität in den Industrieländern. Wirtschaftswachstum wurde dadurch abhängiger vom Wachstum des Einsatzes von Produktionsfaktoren u. von Energie. – (2) *Inflationäre Folgen.* Inflation dämpfte die Verschiebung relativer Preise zugunsten von Rohwaren: Produzenten gaben höhere Produktionskosten über Preissteigerungen an Konsument:innen weiter; Arbeitnehmer setzten höhere Nominallöhne durch, die von Unternehmen über Preissteigerungen an ihre Kunden weiter gegeben wurden. Der inflationäre Impuls der Rohwarenschocks setzte sich somit wegen *Preisrigidität nach unten* in die weitere Wirtschaft fort. – (3) *Realwirtschaftliche Folgen:* Die Nachfrage nach Energieträgern ist preisunelastisch. Die Erdölpreisschocks verschoben deshalb die Nachfrage zu importierten Energieträgern und führten zur Verringerung der Nachfrage nach im Inland hergestellten Produkten, was einen Rückgang des Wirtschaftswachstums zur Folge hatte.

c. *Wirtschaftspolitische Umgang mit den Rohwarenpreisschocks.* (1) *Restriktive Geldpolitik.* Die Bundesbank betrieb auch hier meist eine an der Geldwertstabilität orientierte Politik u. hob deshalb den Diskontsatz 1973 auf 7%, 1980 auf 7,5%. Nur 2. H. 1970er J. wurde zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums (1978 auf der Basis des sog. Bonner Gipfel, s. u.) eine expansionäre Geldpolitik betrieben (Diskontsatz minus Inflationsrate ~ 0). – (2) *Zeitweise expansionäre Fiskalpolitik* zur Bekämpfung des niedrigen Wirtschaftswachstums vor dem Hintergrund eines keynesianischen Ansatzes der Stabilisierung mit Hilfe der Nachfragesteuerung. Die beiden hauptsächlichen Programme: – (3) »Programm zur Förderung von Wachstum u. Beschäftigung bei Stabilität« (1974) zur Steigerung der staatlichen Nachfrage, privater Investitionen u. Konsumausgaben. Volumen 10 Mrd. DM, fiskalischer Impuls von ca. 1% des BIP. Hauptinstrumente: (i) Zusätzliche Investitionen des Bundes. (ii) Investitionszuschüsse für private Unternehmen. (iii) Zur Stabilisierung des Konsums Verlängerung der Höchstdauer des Bezugs von Kurzarbeiter-Geld. Da das Haushaltsdefizit 1975 5,4% des BIP erreichte, setzten bereits 1976 Konsolidierungsbemühungen ein. – (4) *Expansionäre Fiskalpolitik nach Bonner Gipfel* (1978). Ansatz zur internationalen Politikkoordination, welcher der BRD die Rolle einer Konjunkturlokomotive zuwies. Die Quote Neuverschuldung/BIP stieg von 2,4% (1979) auf 3,7% (1981), um danach wieder zu sinken. Die rasche Zunahme der Staatsverschuldung um 1980 begrenzte den Spielraum für eine Nachfragesteuerung mittels Fiskalpolitik

in der Rezession von 1981/2 u. legte den zu Beginn der Ära Kohl (1982) vollzogenen fiskalpolitischen Kurswechsel nahe.

#### 4. Folgen von Schocks und nachfrageorientierter Fiskalpolitik: Stagflation

a. *Das Phänomen der Stagflation.* (1) *Wirtschaftswachstum.* Expansionäre Fiskalpolitik führte nur kurzfristig zu einer Belebung des Wirtschaftswachstums (1976, 1979). – (2) *Inflation.* Expansionäre Fiskalpolitik erschwerte die Bekämpfung der Inflation, weshalb der Rückkehr zu Raten um 2% erst nach Einleitung einer finanzpolitischen Konsolidierung 1982–1985 gelang. – (3) *Beschäftigung.* Schwaches Wirtschaftswachstum verunmöglichte eine Rückführung der in den Rezessionen von 1974/5 und 1981/2 stark gestiegenen Arbeitslosigkeit.

b. *Erklärung 1: Investitionsschwäche.* Das schwächere Wirtschaftswachstum nach 1973 hing mit einer geringeren, zeitweise negativen Kapitalbildung zusammen. Gründe: (1) Die Verschiebung relativer Preise zugunsten von Rohwaren entwertete z. T. den Kapitalstock. – (2) Aufgrund hoher Realzinsen in Phasen der monetären Stabilisierung war Kapital für Modernisierungsinvestitionen teuer. – (3) Der Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen nahm 1965–1975 ab → Umverteilung zugunsten von Rohwaren u. Arbeit zulasten von Unternehmensprofiten, die seit den späten 1960er J. zurückgingen. Der Rückgang von Unternehmensprofiten machte Investitionen weniger rentabel.

c. *Die Lohnentwicklung.* Wachstum der Nominallöhne 1965–1970 um 74%, 1970–1975 um 124%. Dies u. der Rückgang der Kapitalrendite bewirkte einen Anstieg der Lohnquote (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit / Volkseinkommen). Mindestens im ersten Teil der Periode kann diese Entwicklung als Ausdruck der Vollbeschäftigung interpretiert werden. Im Unterschied zur Rezession von 1967 wirkte sich 1974/5 steigende Arbeitslosigkeit nicht in einer Reduktion der Lohnquote aus.

d. *Erklärung 2: Verschiebung der Phillips-Kurve* (ALOGSKOUFIS/SMITH 1991). (1) *Argument.* Allgemein lässt sich ein negativer Zusammenhang zwischen Inflationsrate u. Arbeitslosigkeit beobachten; Interpretation als Spielraum zur Nachfragesteuerung: Durch die Hinnahme von Inflation kann die Nachfrage gesteigert bzw. der Reallohn kurzfristig gesenkt werden; beides fördert Beschäftigung. – (2) *Der Befund.* Nach 1973/4, also mit Zusammenbruch des Bretton Woods-Regime, verschob sich in der BRD die Phillips-Kurve nach rechts oben. Dies bedeutet, dass auch bei erheblichen Inflationsraten noch eine hohe Arbeitslosigkeit hingenommen werden muss, die Möglichkeit zur Konjunkturpolitik über gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung somit deutlich zurückging.

e. *Interpretation: Wechselkursregime, Inflationserwartungen und Arbeitsmarkt.* (1) *Das Argument.* Bei festen Wechselkursen können keine dauerhaften Unterschiede der Inflationsrate zwischen Ländern bestehen. Grund: Geldmengen-Preis-Anpassung: Preiserhöhungen im Inland führen zu erhöhten Importen bzw. reduzierten Exporten, die zur Rückführung des Preisniveaus auf die weltweite Inflationsrate beitragen. Wirtschaftsobjekte, insbes. Gewerkschaften, erwarten somit bei festen Wechselkursen mittelfristige Preisstabilität u. reagieren auf kurzfristige Preissteigerungen nicht mit Lohnforderungen. Damit besteht der von der Phillips-Kurve angedeutete Spielraum der Nachfragesteuerung.

Zerbricht das Regime fester Wechselkurse, fällt auch das Vertrauen in mittelfristige Preisstabilität weg. Zur Sicherung der Reallohnposition beantworten deshalb Gewerkschaften Inflation sofort mit Lohnforderungen → die Möglichkeit zur Nachfragesteuerung entfällt. – (2) *Überprüfung* anhand des Zusammenhangs zwischen Nominallohnwachstum u. Inflationsrate im vorausgegangenen Jahr, unter Berücksichtigung der Arbeitslosenquote und ihrer Veränderung. Ein starker Zusammenhang deutet auf ein geringes Vertrauen in mittelfristige Preisstabilität hin. Die Stärke des Zusammenhangs nahm um 1970 deutlich zu. Fazit: Der Vertrauensverlust erfolgte nicht zum Zeitpunkt des Aufgebens fester Wechselkurse, sondern in den Jahren mit hohen Inflationsraten.

f. *Erklärung 3: Institutioneller Wandel auf dem Arbeitsmarkt und Zerfall des »Nachkriegspakts«* (EICHENGREEN 1996). In den 1950er u. 1960er J. trugen das Regime fester Wechselkurse sowie die Existenz von Wachstumspotentialen zu hohen u. voraussehbaren Unternehmensgewinnen bei. These: Stabile Erwartungen führten zu einem informellen Pakt zwischen den Tarifparteien, wonach Arbeitnehmer zwecks Erzielung hoher Unternehmenserträge Lohnzurückhaltung übten u. umgekehrt Unternehmen hohe Erträge für Investitionen u. künftige Realloohnerhöhungen einsetzten. Mechanismen wie die Montanmitbestimmung (1951; Ausweitung auf alle größeren Betriebe 1976) dienten dem gegenseitigen Informationsaustausch u. der gegenseitigen Bindung an diesen informellen Pakt. Die Erschöpfung von Wachstumspotentialen u. Schocks (Inflation, instabile Wechselkurse) trugen zur Reduktion von Unternehmenserträgen bei u. entzogen diesem Pakt damit die Grundlage. – Das Argument ist bislang empirisch nicht getestet worden.

g. *Wieso nahm die Sockelarbeitslosigkeit in den 1970er und 1980er Jahren zu?* (1) Verlust der Möglichkeit der gesamtwirtschaftlichen Nachfragesteuerung (s. o.). – (2) *Hysteresis:* Arbeitslose verlieren während ihrer Arbeitslosigkeit wichtige Qualifikationen. Bei einem konjunkturellen Aufschwung finden sie keine neue Beschäftigung. Temporäre Einbrüche wie die Erdölschocks können so eine permanent höhere strukturelle Arbeitslosigkeit verursachen. Durch die Schocks erforderlicher Strukturwandel kann diesen Effekt verstärken.

#### Zitierte Literatur

- ABELSHAUSER (2004), GIERSCH et al. (1994); LINDLAR (1997) wie 31.05.2022.  
 ALOGOSKOUFIS, George S. und Ron SMITH: »The Phillips Curve, the persistence of inflation, and the Lucas critique«, *American Economic Review* 81 (1991), 1254–1275.  
 BEISSINGER, Thomas: *Inflation und Arbeitslosigkeit* (Marburg: Metropolis, 1996).  
 EICHENGREEN, Barry: »Institutions and economic growth: Europe after World War II«, S. 38–72 in Nicholas CRAFTS und Gianni TONIOLO (Hg.), *Economic growth in Europe since 1945* (Cambridge: Cambridge University Press, 1996).  
 JARCHOW, Hans-Joachim und Peter RÜHMANN: *Monetäre Außenwirtschaft*, 2 Bde. (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1997).